

# BastA!

Basels starke Alternative

WOHNEN

## 4x Ja für einen Richtungswechsel in der Wohnpolitik

Mutationen an:  
Postfach 225  
4005 Basel

AZB  
4005 Basel



... oder doch nicht? Am 10. Juni 2018 findet in Basel-Stadt die grosse wohn- und mietpolitische Jahrhundertabstimmung statt.

Die offizielle Basler Wohnpolitik hat momentan vor allem eine Stossrichtung: «Die Rahmenbedingungen für Investoren verbessern» (Wohnraumentwicklungsstrategie BS). Um 'gute Steuerzahlende' nach Basel zu locken, wurde die Zusammenlegung und damit die Vernichtung von günstigen Kleinwohnungen aktiv gefördert. Mit der Abschaffung eines wirksamen Abbruchschutzes wurde den Spekulanten freie Hand gegeben. Der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird den Genossenschaften und Stiftungen überlassen. Diese machen aber bloss 11% der Wohnungen aus und sind insbesondere bei Neubauten auch nicht günstig. In den privaten Wohnungsmarkt wird nicht eingegriffen und selbst für die Wohnungen von Immobilien Basel-Stadt

gilt ein Renditeziel, das den Privaten in nichts nachsteht.

Die Mietpreise steigen von Jahr zu Jahr. Während es für Armutsbetroffene schon länger nahezu unmöglich ist, eine Wohnung zu finden, trifft es inzwischen immer mehr Menschen mit normalem Einkommen. Die Angst vor Verdrängung ist akut und muss ernst genommen werden.

Am 10. Juni kommen deshalb vier wohnpolitische Initiativen zur Abstimmung. Die Themen Wohnen, Mieter\*innenschutz und Höhe der Mieten sind in Basel sehr aktuell. Diese vier Initiativen behandeln verschiedene Teilbereiche, sie ergänzen sich gegenseitig und sie rufen nach einer 4xJa-Kampagne.



Seite 2

Vollgeldinitiative: eine ökonomische Orientierung von Hans Schäppi



Seite 7

Betongold - wie man uns von unserem Lebensraum enteignet



Seite 9

Kerem Schamberger im Gespräch zur Lage in Syrien

Montag, 07. Mai

**Koordination**

Samstag, 19. Mai

**March against Monsanto & Syngenta**

**13:00 Uhr Barfüsserplatz, Basel**



Dienstag, 22. Mai

**Koordination**

Dienstag, 05. Juni

**Koordination**

Sonntag, 10. Juni

**Abstimmung - Parolen auf S. 3**

Montag, 18. Juni

**Koordination**

## MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

## IMPRESSUM

Nr 02/2018

**Redaktion:** Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

**Layout & Bildredaktion:** Till Kleisli, Franziska Stier

**Auflage:** 1400

**Herausgeber:** Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

**E-Mail:** sekretariat@basta-bs.ch

**Telefon:** 061 / 691 16 31

**Konto:** PC 40-31244-5



### Recht auf Wohnen:

Das Grundrecht auf Wohnen ist Teil der Menschenwürde. Wohnen gehört nach Luft, Wasser und Nahrung zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen. Die Verwirklichung des Anspruchs, alle Menschen mit einer angemessenen Wohnung zu versorgen, ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Die Initiative «Recht auf Wohnen» wurde von sozialen Institutionen und Organisation, Basisbewegungen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Schadensminderung und Selbsthilfe sowie linken Parteien lanciert. BastA! war von Anfang an aktiv und engagiert dabei. Auslöser dafür sind die stark zunehmenden Massenkündigungen und die zunehmende Unmöglichkeit für Armutsbetroffene und Menschen mit kleinen Einkommen eine bezahlbare Wohnung zu finden. So konnte die IG Wohnen, welche auf dem freien Wohnungsmarkt benachteiligte Menschen bei der Wohnungssuche unterstützt, 2015 nicht einmal mehr der Hälfte der dringend auf eine Wohnung angewiesenen Personen eine Wohnung vermitteln. Und auch die Anzahl der beim Schwarzen Peter angemeldeten Wohnungslosen steigt seit Jahren. Ende 2017 waren es knapp 400 Menschen.

Mit der Initiative würde das Grundrecht auf Wohnen in der Verfassung verankert und damit die Politik aufgefordert, endlich aktiv zu werden und die Wohnungsnot nicht länger zu ignorieren. Eine ähnliche Initiative mit dem Titel «Recht auf Wohnung und Ausbau des Familienschutzes» kam bereits 1970 schweizweit zur Abstimmung. Die Initiative ist mit 48.9-Ja-Stimmen sehr knapp gescheitert. Basel-Stadt hätte sie jedoch mit 68%-Ja-Stimmen sehr deutlich angenommen. Fast 50 Jahre später ist es höchste

Zeit, das Recht auf Wohnen endlich in der Verfassung zu schützen.

### Wohnschutzinitiative:

Diese Initiative ist – wie Recht auf Wohnen – eine Verfassungsinitiative, allerdings mit konkreteren Massnahmen. Der §34 der Kantonsverfassung „Raumplanung und Wohnumfeld“ soll verschiedene Ergänzungen bekommen. Der Staat soll neu explizit den Erhalt bestehenden bezahlbaren Wohnraums in allen Quartieren fördern.

Die Initiative will, dass der Kanton dafür sorgt, dass die Wohnbevölkerung vor Verdrängung und Kündigungen und Mietzinserhöhungen wirksam geschützt wird. Besonders erwähnt werden dabei die älteren und langjährigen Mietparteien.

Die Initiative will bestehenden bezahlbaren Wohnraum erhalten. Dafür soll der Kanton ergänzend zum bundesrechtlichen Mieterschutz alle notwendigen wohnpolitischen Massnahmen ergreifen. Als Beispiele für diese Massnahmen wird die befristete Einführung einer Bewilligungspflicht verbunden mit Mietzinskontrolle bei Renovation und Umbau oder Abbruch von bezahlbaren Mietwohnungen genannt.

Es sind konkrete Massnahmen, die bei Wohnungsnot greifen sollen, um zahlbaren Wohnraum zu schützen. Die Initiative definiert Wohnungsnot mit einem Leerwohnungsbestand von weniger als 1.5 %. Aktuell liegt dieser in Basel-Stadt bei 0,5%, was klar die Definition Wohnungsnot erfüllt. Es sind keine Neuerfindungen, sondern Massnahmen, die bis vor wenigen Jahren auch in Basel bekannt waren und sich bewährt hatten.



#### Mieterschutz am Gericht:

Diese Gesetzesinitiative verlangt, dass die Gerichtsgebühren am Zivilgericht oder Appellationsgericht bei Mietstreitigkeiten auf maximal 500.- Fr. begrenzt werden. Ebenso sollen Parteientschädigungen ausgeschlossen werden. Die Parteien müssten also allfällige Anwaltskosten – unabhängig vom Ausgang des Verfahrens – grundsätzlich selber bezahlen. Dies würde dazu führen, dass die Kosten für den Rechtsweg nach einer erfolglosen Verhandlung vor der Mietschlichtungsstelle abschätzbar und bezahlbar sind. Grundsätzlich soll das Mietrecht für alle Menschen zugänglich sein, auch in Bezug auf die Kosten. Eine Deckelung der Gerichtskosten würde nicht nur Mieter\*innen, sondern auch Vermieter\*innen, die über kein allzu grosses Portemonnaie verfügen, zu Gute kommen.

#### Mieterschutz beim Einzug:

Diese Initiative sorgt für Transparenz auf dem Wohnungsmarkt. Vermieter\*innen müssen dann den Mieter\*innen auf einem übersichtlichen Formular mitteilen, ob sie die Miete im Vergleich zur Vormieter\*in erhöht haben. Und sie müssen begründen, weshalb die Miete erhöht wurde. Eine solche Regelung gibt es bereits in Zug, Nidwalden,

Zürich, Neuenburg, Freiburg, Waadt und Genf.

Überriessene Mieterhöhungen können bei der Mietschlichtungsstelle angefochten werden. Die Initiative ändert nichts daran, wann eine Mieterhöhung als übermässig und damit unzulässig gilt. Sie schafft aber die Transparenz, die notwendig ist, damit Mieter\*innen ihr Recht einfordern können. Denn wer nicht weiss, dass die Miete grundlos stark erhöht wurde, kann sie auch nicht anfechten.

Die Transparenz hat aber hauptsächlich präventive Wirkung: Wenn Vermieter\*innen die Mieterhöhung begründen müssen, aber nicht können, verzichten sie eher darauf. Damit wird die heute gängige Praxis gebremst, bei der Vermieter\*innen beim Mieter\*innenwechsel die Miete jeweils nach oben «korrigieren», selbst wenn an der Wohnung nichts oder nur der normale Unterhalt gemacht wurde.

Die Vermieter-Lobby bekämpft die Initiative mit dem Argument des angeblich grossen Aufwands zum Ausfüllen des (einseitigen!) Formulars, um nicht zugeben zu müssen, dass sie nicht mehr schalten und walten können wie sie wollen, wenn sie gegenüber den Mieter\*innen Transparenz herstellen müssen.



Heidi Mück & Tonja Zürcher,  
Co-Präsidium BastA!

## Parolen vom 10. Juni in Kürze

#### National

Keine Parole zur Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» (Mehr Infos S. 6)

NEIN zum Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)

#### Kantonal:

JA zu «RECHT auf WOHNEN»

JA zu «Wohnen ohne Angst vor Vertreibung. JA zu mehr Rücksicht auf ältere Mietparteien (Wohnschutzinitiative)»

JA zur kantonalen Initiative «Mieterschutz beim Einzug (JA zu bezahlbaren Neumieten)»

JA zur kantonalen Initiative «Mieterschutz am Gericht (JA zu bezahlbaren Mietgerichtsverfahren)»

## GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Stoppen wir die Versicherungsspitzel!

Jetzt online das Referendum unterschreiben

[wecollect.ch/ueberwachung](http://wecollect.ch/ueberwachung)

# Geld heute: vom Privatgeld und vom Vollgeld

Geld hat eine lange Geschichte. Es beherrscht die Welt jedoch erst seit dem Aufkommen des Kapitalismus, als sich Geld in Kapital zu verwandeln begann. Im heutigen finanzierten Kapitalismus ist die Geldordnung besonders instabil geworden, so dass ein vielfältiger Ruf nach Reformen ertönt. Dieser reicht von einer völligen Privatisierung des Geldes, wonach jeder Geld emittieren könne und die besten Geldarten sich dann durchsetzen würden bis zur vollständigen staatlichen Kontrolle. Reformen sind also sicher heute nötig.

## Was ist Geld?

Eine Verkürzung wäre es, wenn hier lediglich Geldfunktionen aufgezählt würden. Dies sind im Wesentlichen drei: Zahlungsmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel. Dies leuchtet zwar ein, denn wir bezahlen mit Geld, berechnen Budgets sowie Schulden oder Vermögen und auch der Reichtum wird überwiegend in Geld gemessen. Bekannt ist zudem, dass es unterschiedliches Geld oder Währungen gibt. Damit dürfte nachvollziehbar sein, dass Geld etwas mit Staatlichkeit zu tun hat und keineswegs einfach durch Angebot und Nachfrage bestimmt ist. Andererseits lässt sich auch nicht bestreiten, dass beispielsweise ein massenhafter Verkauf von Dollarbeständen einen Einfluss auf den Wechselkurs des Dollars zu anderen Währungen hat. Geld muss heute somit als staatliche Institution begriffen werden. In den Nationalstaaten werden von den Zentralbanken Noten und Münzen herausgegeben. Diese gelten als staatliches Geld. Steuern können daher nicht mit Edelsteinen oder Rubel bezahlt werden, sondern nur mit dem nationalen Geld. Auf der anderen Seite aber erfolgt die Geldschöpfung mittels Krediten zum grössten Teil über die privaten Geschäftsbanken.

Dies funktioniert sehr einfach. Räumt die Bank einem Kunden einen Kredit ein, dann wird Geld gleichsam aus dem Nichts geschaffen. Wird der Kredit zurückbezahlt, dann wird dieses Geld wieder vernichtet. Geld kann allerdings letztlich nicht in beliebiger Höhe geschöpft werden, vielmehr muss es zur gesellschaftlichen Produktion in Bezug gesetzt werden, auch wenn das Giral- oder Buchgeld von privater Seite mittels Bankkrediten bereitgestellt wird. Denn Schulden stehen immer auch Vermögen gegenüber. Steigende Verschuldung bedeutet



*Eine ökonomische Orientierung; Quelle: Pixabay*

auf der anderen Seite auch steigende Vermögenswerte, die sich in immer weniger Händen konzentrieren, so dass heute eine globale Situation besteht, in der die Verschuldung ebenso ständig wächst wie die Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung. Vor diesem Hintergrund werden verschiedentlich die reale Produktion und der Finanzsektor streng separiert. Damit wird der Eindruck oder sogar eine angeblich kritische Haltung vermittelt, wonach es auf der einen Seite die Produktion als guten und sinnvollen Wirtschaftsbereich gäbe, dem auf der anderen Seite ein spekulativer, schlechter Umgang mit Geld im finanzierten Kapitalismus gegenüberstehe. Beide Bereiche hängen aber eng zusammen. Eine kapitalistische Wirtschaft ohne Geld ist nicht denkbar, und der Finanzsektor kann nicht vollständig von der sogenannten realen Wirtschaft getrennt werden.

Die kapitalistische Produktionsweise basiert bekanntlich auf Prozessen der Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion, in denen mit Geld mehr Geld realisiert werden soll. Dieser Surplus teilt sich auf in Profit, Zins und Grundrente. Leihet sich der Kapitalist Geld aus, bzw. erhält er von einer Bank einen Kredit, um Maschinen, Rohstoffe und Arbeitskraft zu kaufen, dann wird für diesen Kredit ein Zins fällig. Das Geschäft der Bank beruht daher auf dem Volumen der Geldschöpfung und dem dabei vereinbarten Ertrag, dem Zins, auf der einen Seite und auf den Aufwendungen für Arbeitskraft sowie den Zinskosten für Bankeinlagen auf der

anderen Seite. Die Zinsen bewegen sich nicht nur im Gefolge von Angebot und Nachfrage nach ‚Geld‘. Vielmehr sind es heute die Zentralbanken, die mit der Festlegung der kurzfristigen Zinssätze die Steuerung der Geldordnung sicherzustellen versuchen.

## Die Vollgeldinitiative

Die Vollgeldinitiative zielt auf eine Reform der schweizerischen Geldordnung ab. Die Vorgeschichte reicht in die 1930er Jahre zurück. In der damaligen Weltwirtschaftskrise war allgemein anerkannt, dass nationale wie auch transnationale Geldsysteme grosse Problemen aufweisen würden. Am deutlichsten drückte dies (neben Keynes) Irving Fisher aus. Für ihn galt: „Eine instabile monetäre Einheit ist der Brutkasten für politischen Radikalismus“. Damit das kapitalistische System „privater Profite reibungslos funktioniert, braucht es stabiles Geld“ (Fisher 1935/2007, S. 140). Er schlug vor, die Geldschöpfung von der Kreditgewährung zu trennen. In dieser müssten die Banken für ihre Kreditvergabe eine 100%ige Deckung haben und nicht nur die damals üblichen 10%. Er nannte diesen Plan 100%-Geld. Die Geldmenge sollte vollständig durch die Zentralbank kontrolliert und die multiple Geldschöpfung verhindert werden. Neben Fisher gab es auch noch die Chicago-Schule, die einer starren Geldmengenerweiterung anhing, gleichzeitig aber auch die Extraprofite der Banken reduzieren wollte. Auch in der Schweiz wurde in diese Richtung debattiert. Vor



Quelle: Pixabay

allein nach der staatlichen Rettung der UBS mit über 60 Mrd. CHF gewann eine Haltung an Zuspruch, wonach endlich etwas gegen den Schweizer Finanzplatz gemacht werden müsste, um die damit verbundenen Risiken für eine kleine Volkswirtschaft zu vermindern. Vorgeschlagen wurde in diesem Umfeld eine Volksinitiative zur Einführung von Vollgeld. Lanciert wurde dieser Vorschlag Mitte 2014, am 1.12.2015 wurden sie eingereicht und die Abstimmung findet im Juni 2018 statt. Im Vorfeld der Abstimmung wird nun eifrig diskutiert und publiziert. Wie zu erwarten war, sprechen sich beinahe alle Parteien und Verbände gegen die Initiative aus. Unterstützung gibt es in Teilen der SP, aus linksliberalen und linksalternativen Kreisen.

Um was geht es genau? Ähnlich wie in den Vorschlägen aus den 1930er Jahren soll nur noch die Schweizerische Nationalbank für die Geldschöpfung zuständig sein. Vollgeld meint, dass damit wieder ein vollwertiges, gesetzliches Zahlungsmittel etabliert wird. Zurzeit beträgt der Anteil der schweizerischen Zentralbank am gesamten schweizerischen Geld mit den Banknoten und Münzen nur noch etwa 10 Prozent. Die Privatbanken könnten nur noch so viel Geld ausleihen, wie ihnen von SparerInnen überlassen wird. Insofern würden sie auf ihre Vermittlungsfunktion reduziert und müssten von der Zinsdifferenz leben. Die Initiant\*innen wollen also, dass wieder „echte Franken auf unseren Konten“ liegen. Gemäss ihnen würde damit eine „faire Marktwirtschaft“ entstehen und die Steuerzahlenden sowie die Realwirtschaft entlastet werden. Bankenpleiten könnten vermieden und CH-Banken müssten auch nicht mehr gerettet werden. Erklärt wird auch, dass die Geldschöpfungserlöse an Staat und Bürger\*

innen verteilt werden können, wobei Milliardenbeträge pro Jahr bzw. einige hundert Franken pro Person zur Verfügung ständen.

### Wo liegen die Probleme

Sicher liegen dabei einige Probleme vor. Die Grundlage des Vollgeldes bilden der Monetarismus und die Quantitätstheorie des Geldes. Die Initiative bewegt sich also ganz im ordoliberalen Gedankengut, wonach sich der Staat aus dem Wirtschaftsprozess heraushalten soll. Zudem glauben die Initiant\*innen, dass sich die SNB allein an geldpolitischen Gesichtspunkten ausrichten würde und es damit weder Geldblasen noch Geldknappheit und somit auch keine Finanzkrisen mehr geben würde. Warum mit der Initiative der Franken „zum sichersten Geld der Welt würde“ bleibt dabei ihr Geheimnis. Denn es dürfte unbestritten sein, dass der Wert des Geldes nicht einfach von den Zentralbanken abhängt, sondern vom Zustand der Gesamtwirtschaft. Betont wird von den Initiant\*innen auch die Autonomie der Nationalbank. Damit sitzen sie der bürgerlichen Ideologie der «Unabhängigkeit» der Nationalbank auf und übersehen das Problem der Pressionen hinsichtlich Geldmengenentwicklung, Kreditgewährung etc. Aber auch wenn die Nationalbank vollständig frei in ihren Entscheidungen wäre, und das «Gemeinwohl» im Auge hätte, wäre keineswegs sichergestellt, dass sich die Kluft zwischen arm und reich nicht weiter öffnen würde. Vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund wird die Vollgeldinitiative abgelehnt, da die Nachteile grösser seien als die Vorteile, insbesondere seien die Risiken bei Konjunkturschwankungen möglicherweise sogar höher als heute. Dies dürfte kaum zutreffen, weil bis anhin die

Banken Trends zur Krise immer verstärkt haben. Zum zweiten müsste akzeptiert werden, dass es keinen Zins mehr auf Zahlungsverkehrskonti gäbe. Hier sind aber kaum grosse Probleme für die Beschäftigten zu erwarten: dieses Argument ist auf die besser entlöhnten Schichten zugeschnitten, die Zinsen erwarten und damit am globalen Mehrwert teilhaben wollen.

### Welche Einschätzung und Perspektiven ergeben sich damit?

Von der Einführung von Vollgeld kann nicht erwartet werden, dass damit kapitalistische Verhältnisse abgeschafft werden würden. Versprochen wird hingegen, dass die häufig nachteiligen Folgen der Geschäftstätigkeiten von Privatbanken endlich eingeschränkt und Krisen weniger extrem ausfallen würden. Problem dabei ist, dass die internationale Verflechtung der CH-Volkswirtschaft wohl unterschätzt und die Vorteile der Einführung von Vollgeld nur in einem Staat überbewertet werden. Auch geht für meinen Geschmack die Vollgeldinitiative zu wenig weit, denn es müsste, um die Probleme wirklich zu lösen, angestrebt werden, mindestens Teile des Bankensektors zu verstaatlichen.

Bei allen Einwänden kann aber doch wohl gesagt werden, dass die Einführung von Vollgeld in der Schweiz ein interessantes Experiment wäre. Zweifellos würde der Schweizer Finanzplatz umgekrempelt. Und genau hier dürfte der Grund für die vehemente Ablehnung liegen. Zwar sind auch einige Widersprüche vorhanden, die Linken zu denken geben müssen. Mir ist vorab die Anlehnung an Monetarismus, Liberalismus und Marktwirtschaft suspekt.

Der Entscheid wird am 10. Juni fallen. Sorgen wir bei allen Bedenken dafür, dass das Nein nicht allzu hoch ausfällt.



Hans Schöpfi

# Der Zersiedelungs-Initiative weht ein neoliberaler Wind entgegen



Foto: Franziska Stier

Jeden Tag verschwindet in der Schweiz eine Fläche von rund acht Fussballfeldern an Kulturland unter Beton. Schuld daran ist eine nicht zukunftsgewandte Bauwut, die in den letzten Jahrzehnten fast das gesamte Mittelland zu einem Siedlungsbrei zusammenwachsen liess, ohne den verbrauchten Platz wirklich effizient zu nutzen. Ein Beispiel dafür ist etwa die Stadt Solothurn, die in den letzten 100 Jahren bei 15'000 Einwohner\*innen nur um einige hundert Einwohner\*innen gewachsen ist, ihre Siedlungsfläche aber um über ein Drittel erweitert wurde. Der pro Kopf Platzverbrauch explodiert. Man spricht vom Phänomen der Zersiedelung. Um diese zu bekämpfen haben die Jungen Grünen im Jahr 2015 die Zersiedelungsinitiative lanciert, welche einen Einzonungsstopp fordert, der nur durch Umzonung umgangen werden kann. Das heisst, nur wenn eine gleichwertige Kulturlandfläche ausgezont wird, können neue Flächen zu Bauzonen werden. Gleichzeitig wird mit der Initiative aber auch der gesetzliche Weg für eine sinnvolle Verdichtung geebnet und die Rahmenbedingungen für nachhaltige Quartiere werden verbessert. In 18 Monaten konnten rund 135'000 Unterschriften gesammelt werden, von denen 96'000 von Mitgliedern der Jungen Grünen selbst gesammelt wurden. Eine so hohe Zahl an Unterschriften hat bis heute noch keine

andere Jungpartei für eine Initiative gesammelt. Auch das junge grüne Bündnis nordwest hat mit einer Quote seinen Teil zum Sammelerfolg beigetragen.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist die Zersiedelungs-Initiative in der parlamentarischen Diskussion. Schon im letzten Oktober hatte der Bundesrat in seiner Botschaft die Zersiedelungs-Initiative zur Ablehnung empfohlen, weil zu radikal sei. Er berief sich dabei auf das aktuelle Raumplanungsgesetz, welches bereits weitere Einzonungen verhindere. Bis zur nächsten Gesetzesrevision, welche in 15 Jahren fällig wird, werden aber die aktuell noch vorhandenen Baulandreserven verbaut sein. Dass im Parlament die Weiterführung des Einzonungsstopps unter diesem Gesichtspunkt dann kaum noch Überlebenschancen hätte, wird völlig ignoriert. Lieber gibt man sich mit kurzlebigen Lösungen zufrieden und schiebt die richtigen Probleme auf die lange Bank. Die einzige nachhaltige Lösung, um unser Kulturland wirklich vor der Verbauung zu schützen, ist und bleibt nämlich die Zersiedelungsinitiative.

Auch der Ständerat hat sich Anfang März mit der Initiative befasst und sich ebenfalls mehrheitlich für eine Ablehnung ausgesprochen. Der vom Raumplanungsgesetz gewährte Kulturlandschutz wurde auch hier als Begründung für eine Ablehnung genannt.

Nur eine Minderheit um den Grünen Ständerat Robert Cramer aus dem Kanton Genf, setzte sich erfolglos für eine positive Empfehlung zur Initiative ein. Besonders enttäuschend und unverständlich sind die Enthaltungen mehrerer SP-Exponenten in der Abstimmung. Vor allem, weil diese in der Diskussion durchaus Sympathie mit der Initiative bekundet hatten.

Diesen Entscheid gilt es jetzt vom Nationalrat zu korrigieren. Ich persönlich habe aber kaum Hoffnung, dass sich die grosse Kammer anders aussprechen wird. Zu stark sind die rechtsbürgerlichen Kräfte im Rat. Wenn dieser Artikel erscheint, ist die Debatte im Nationalrat wohl schon einige Wochen vorüber und vielleicht bin ich ja eines Besseren belehrt worden. Gerade die SVP predigt gerne, wie wichtig und schützenswert unsere Heimat mit ihren schönen Landschaften doch wäre. Kollidiert der Schutz dieses Kulturguts jedoch mit ihren neoliberalen Wirtschaftsinteressen, zieht der Landschaftsschutz schnell den Kürzeren. Lieber schiebt man das Problem der Verbauung auf die Zuwanderung, obwohl Studien klar zeigen, dass nicht das Bevölkerungswachstum, sondern der steigende Platzverbrauch pro Kopf das Problem ist. Migrant\*innen bauen keine Villen!

Es ist gut möglich, dass die Zersiedelungsinitiative noch dieses Jahr vors Volk kommt. Lasst uns also für dieses Anliegen einstehen, denn Kulturland, das erst einmal verbaut ist, kriegen wir nicht mehr zurück!



Dominik Beeler, Co-Präsident junges grünes Bündnis nordwest

# Betongold: die Kommodifizierung des städtischen Raums



*Kommodifizierung bezeichnet den Prozess der Kommerzialisierung bzw. des 'Zur-Ware-Werdens'. Demo für das Recht auf Stadt am 21. Januar 2017*

Heute scheint es unvorstellbar, doch von 1936 bis in die 1970er-Jahre kontrollierte der Bund die Mieten streng. Erst danach setzte die grosse Immobilienspekulation wieder ein – in Basel besonders während der 1970er-Jahre. Die Stadtverwaltung begann, Boden und Liegenschaften aus dem kommunalen Besitz, an den Meistbietenden zu verkaufen. Heute können wir beobachten, wie Immobilienfirmen und institutionelle Anleger einen immer grösseren Anteil des Bodens aufkaufen. Wir sind also mit einer „Kommodifizierung des Bodens“ konfrontiert, die die Logiken des Finanzmarktes und des Shareholder-Values auf den Grund unserer Städte ritzt und neue «städtische» Räume schafft, die unser zukünftiges Leben prägen werden. Doch diese Logiken sind nicht einfach ein äusserer Sachzwang, gegen den sich eine Stadt nicht wehren könnte. Vielmehr ist in Basel die rot-grüne Regierung alles andere als unschuldig an der neuesten Welle der kapitalistischen Verwertung. So wird die Stadt seit der Einführung von New Public Management Ende der Neunziger zunehmend durch eine, von unternehmerischen Prinzipien geleitete

Stadtverwaltung, geprägt.

Die Verwaltung „Immobilien Basel-Stadt“ wird in dieser Logik zu einer Renditemaschine für Basel. Unser städtisches Wohneigentum liegt im Finanzvermögen und muss Rendite erzielen. 50 Prozent ihrer Wohnungen würden unter dem Marktpreis liegen, verkündete Immo BS im April 2018 stolz. Das bedeutet aber auch, dass sie mit der anderen Hälfte selbst den Marktpreis in die Höhe treibt. Stolz brüstet sich die Stadt auch mit ihren, im Baurecht an Genossenschaften abgegebenen Grundstücken. Doch ihr „Baurechtsvertrag Plus“ zielt darauf, den Baurechtszins sukzessive dem steigenden Marktpreis anzupassen, um höhere Bodenrenten zu erzielen. Das trägt zu steigenden Mieten bei. Ansonsten wird Wohnbaupolitik von der Stadt vor allem als Förderung privater Investitionen gesehen. Das Programm Logis Bäle hatte den Haupteffekt, über Investorengespräche und über Kooperationen mit privaten Investoren den städtischen Wohnungsmarkt zu einer Goldgrube für Kapitalverwertung umzubauen. So kam schliesslich das Wohnraum-

fördergesetz gerade richtig, um auch noch den Abbruchschutz zu lockern. Begleitet von der 'Attraktivitätssteigerung' Basels als Life-Science-Standort und als Messestadt mit internationaler Ausstrahlung hat das Stadtmarketing gegenüber den Bedürfnissen der Stadtbewohner\*innen nun die Nase vorn.

Dazu kommt: Die freie Artikulation der Bedürfnisse findet keinen Platz mehr im Stadtentwicklungsdiskurs. Leerstand, Brachflächen und mögliche Freiräume werden unverzüglich in die Planungsstrukturen der Entscheidungsträger integriert. Die Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung wird im Keim erstickt. Weshalb sollten wir ernsthaft über die Arealentwicklung KlybeckPlus mitbestimmen können, solange Novartis und BASF den Boden besitzen? Mit Zwischennutzungen und Partizipationsveranstaltungen werden Alternativräume und Mitspracherechte vorgegaukelt, die der Reproduktion der bestehenden (Eigentums-)Verhältnisse dienen. Dass Stadtleben ein kollektiv ausgehandeltes sowie integratives Projekt sein muss, ist in den Köpfen der Planer\*innen zwar vermerkt, dient in der

Umsetzung jedoch dazu, ihrer technokratischen Praxis ein partizipatives Kleidchen überzustülpen.

Als Recht auf Stadt-Initiative kritisieren wir den Umbau Basels zu einer Stadt, die sich an den Interessen von privaten Investoren und von Hochqualifizierten orientiert. Denn gleichzeitig werden langjährige Quartierbewohner\*innen aufgrund von Spekulation, Abbruch, Sanierung und den steigenden Mieten aus ihrem vertrauten Umfeld verdrängt. Eine Politik, die so etwas zulässt, ist schlichtweg die falsche.

Wohnen und Stadtleben sind keine Waren, sondern menschliche Grundbedürfnisse nach Schutz und sozialer Geborgenheit. Das sind weder leere Floskeln, noch genügt es, dies in eine Verfassung zu schreiben: es muss Praxis werden. Eine wirklich soziale und demokratische Stadtpolitik muss kollektive Teilhabe an unserem Stadtraum auf allen Ebenen erkämpfen. Das bedeutet, die Soziale Frage zu stellen: Wer hat heute ein Recht auf Stadt und wer nicht? Ist die Stadt Gemeingut oder Privateigentum?

Uns geht es deshalb um mehr als das Verfassen von Positionspapieren und die Unterstützung von Abstimmungsvorlagen. Eine politische Strategie des Rechts auf Stadt muss einerseits «Verwertungs-bremsen» einsetzen, um die weitere Kommodifizierung des Bodens durch renditegetriebene Investitionen möglichst unattraktiv zu machen. Dazu braucht es sowohl politische Massnahmen, als auch spekulationsfeindlichen Aktivismus der Bevölkerung: Widerstand gegen Abbruch und Massenkündigungen, mehr Besetzungen – und ein Ende der proaktiven Räumungen durch die Polizei, sowie eine Entkriminalisierung. Es braucht einen gesamtstädtischen Spekulationsstop, inklusive Finanzstrafen und Besitztum für Spekulationsfirmen wie Immro AG und Co.

Andererseits muss auf eine Rekommunalisierung und Selbstverwaltung des Bodens sowie der Wohn- und Lebensräume abgezielt werden: Etwa ein städtisches Vorkaufsrecht bei allen Liegenschaftsverkäufen sowie die Möglichkeit diese an selbstverwaltete Genossenschaften. Es braucht also eine vielschichtige Aneignung öffentlicher Räume und Gegenplanung von unten sowie echte Teilhabe der Quartierbevölkerung bei zukünftigen Stadtplanungsprozessen.

Komitee für ein Recht auf Stadt

Mehr Infos unter [www.stadt fuer alle.info](http://www.stadt fuer alle.info)

Kontakt: [stadt-fuer-alle@immerda.ch](mailto:stadt-fuer-alle@immerda.ch)  
Nächstes Treffen: Mittwoch, 13. Juni im Atelierhaus Klingental, Kaserne

## Geldspielgesetz: Internetzensur, ungenügende Prävention und Steuerprivilegien



**Das neue Geldspielgesetz setzt den Verfassungsartikel über die Geldspiele um, welcher 2012 angenommen wurde. Es beinhaltet einige sinnvolle Vorgaben, weist aber auch schwere Mängel auf. Die Grünen haben sich im Parlament gegen die vorliegenden Fehlkonstruktionen stark gemacht. Nun haben die Jungen Grünen das Referendum ergriffen.**

Das neue Geldspielgesetz will ausländische Online-Anbieter vom Schweizer Markt fernhalten. Neu sollen nur Schweizer Casinos mit einer Konzession Online-Spiele anbieten dürfen. Um dies zu schaffen, sieht das Gesetz Zugangssperren für ausländische Anbieter vor. Faktisch ist dies eine Internetzensur und ein Verstoß gegen die Wirtschafts- und Informationsfreiheit. Wir schaffen also unter dem Mantel der Suchtprävention eine gesetzliche Grundlage für Netzsperrern.

### Integration als Prävention

Die Integration internationaler Online-Angebote in das neue Gesetz würde einerseits den Schwarzmarkt regulieren und andererseits hätten sich auch andere Anbieter an den Abgaben an die gemeinnützigen Zwecke wie Kultur, Soziales und Sport sowie an der AHV und IV beteiligen können. Dieser digitale Pseudoprotektionismus schadet der Schweiz.

Schliesslich sind Internetsperren technisch leicht zu umgehen. Sie gefährden unsere digitale Infrastruktur und blockieren unter anderem unbeteiligte Internetseiten. Zudem sind sie als Präventionsmassnahme untaug-

lich, da das effektive Angebot nicht einschränkt, sondern bestenfalls regionalisiert wird. Diese Vorlage liefert keine greifbaren Vorschriften, die Spielsucht ernsthaft zu bekämpfen, wie es sonst bei der Suchtprävention üblich ist. Nicht einmal zentrale Forderungen der Spielerschutzverbände, wie die Einrichtung einer Expert\*innenkommission, hat Eingang ins neue Gesetz gefunden.

Zudem sollen neu Glücksspiele wie Casinogewinne steuerfrei sein. Lotterien- und Online-Gewinne werden erst ab einer Million Franken steuerpflichtig. Dank des Einflusses der Schweizer Casino-Lobby bleiben Millionengewinne aus Casinos steuerfrei. Somit entgehen der öffentlichen Hand wichtige Einnahmen.

Wir sehen also: Netzsperrern sind einerseits ein Angriff auf die Informationsgesellschaft und schaffen gleichzeitig einen Schwarzmarkt, der ausserhalb gewünschter Regulierungen funktioniert. Damit gehen auch Steuereinnahmen und gemeinnützige Abgaben an Sport, Kultur und AHV/IV verloren. Echte Suchtprävention sieht anders aus.

Die Gründe für ein Nein überwiegen klar!



Sibel Arslan, Nationalrätin BastA!



# Kerem Schamberger: "Es gibt kein Schwarz und Weiss im Syrienkonflikt"



Kerem Schamberger auf der Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz (SiKo) in München Januar 2018  
Foto: Andreas Scheffel, [beobachternews.de](http://beobachternews.de)

**Kerem Schamberger besuchte im März/April 2018 Nordsyrien. Im Zentrum stand sein Forschungsprojekt zum kurdischen Mediensystem. Als politischer Aktivist bloggte er zu seinen Erlebnissen und Begegnungen während des Aufenthalts. Das veranlasste uns dazu, ihn um eine politische Einschätzung zu bitten. Das Interview fand am 16. April 2018 statt.**

*Der Einmarsch der Türkei in Syrien (Afrin) war offensichtlich völkerrechtswidrig. Wie ist es möglich, dass sich USA, Russland und EU dazu nicht verhalten?*

Zunächst muss man festhalten, dass das internationale Völkerrecht nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung zwischen USA und Sowjetunion ständig missachtet wird. Vor allem, wenn man auf die letzten sieben Jahre des syrischen Bürgerkrieges und die Beteiligung der Grossmächte blickt. Jeder interpretiert das Völkerrecht für sich und agiert im eigenen Interesse. Aber eine wirkliche Funktion hat das Völkerrecht derzeit leider nicht mehr.

Das Schweigen der Grossmächte hat verschiedene Gründe. Erstens ist das politische Projekt Rojava und damit auch der Kanton Afrin ein Dorn im Auge aller, die nicht wollen, dass in Syrien eine unabhängige, emanzipatorisch-demokratische Alternative entsteht. Ein Projekt, das sich unabhängig macht von den Einflüssen der Grossmächte Russland, USA oder der Europäischen Union, liegt also nicht in ihrem Interesse.

*Welche Akteure sind in den Konflikt involviert? Welche Motivationen haben sie und welche Rolle spielen sie?*

Ich würde nicht nur von einem türkischen Angriffskrieg sprechen. Es hat nicht nur die türkische Armee angegriffen, sondern der Angriff geschah mit Erlaubnis Russlands, das den Luftraum über Afrin geöffnet hat. Der Präsidentenberater Ilnur Cevik hatte nach der Eroberung der Stadt Afrin explizit gesagt, dass ohne die Öffnung des Luftraums sie keinen Zentimeter Boden hätten erobern können. Das heisst, Russland war beteiligt. Die USA haben eher stillschweigend zugestimmt. Vor allem, weil sie den Kanton Afrin nicht in ihrem Interessensgebiet sehen, sondern als Teil des russischen Einflussgebiets. Die EU war insofern beteiligt, als enorm viele Waffen bspw. aus Deutschland aber auch aus der Schweiz dort zum Einsatz kamen und deutsche Leopard-Panzer diesen Eroberungsfeldzug erst ermöglicht haben.

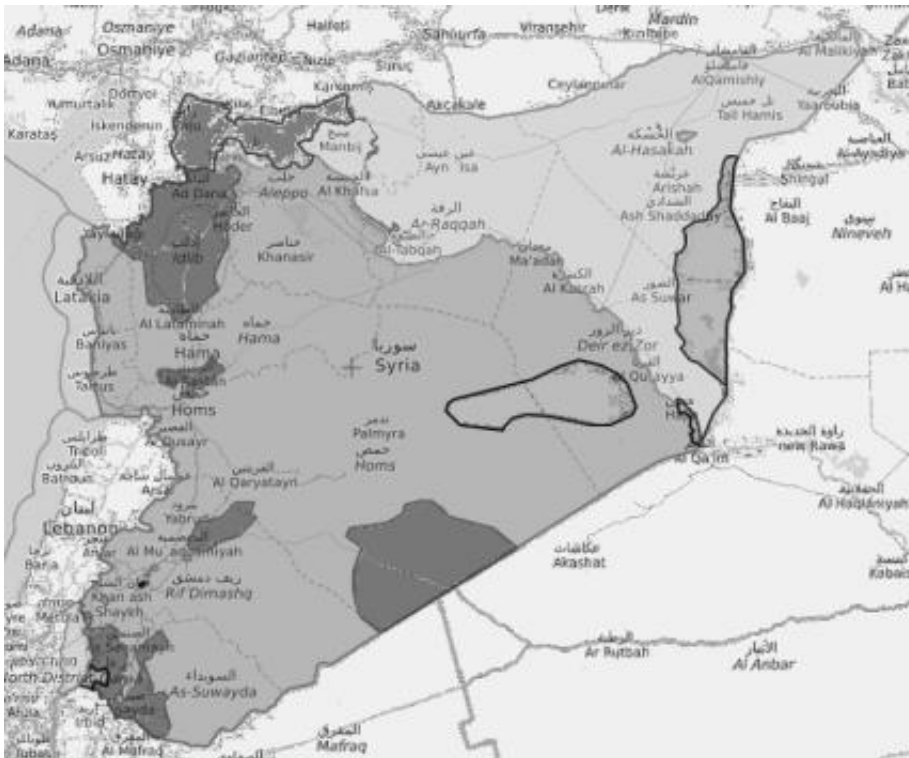
Daneben muss man auch die verschiedenen zwischenimperialistischen Widersprüche in dieser Gemengelage analysieren. Russland hat ein Interesse daran, die Türkei

mittelfristig aus dem NATO-Block zu lösen und in seine Interessenssphäre einzuordnen. Deshalb hat man der Türkei diesen Angriffskrieg zugestanden. Auch mit dem Hintergedanken, dass man die Gebiete in Ost-Ghouta nahe Damaskus von den islamistischen Rebellen, die von der Türkei unterstützt werden, zurückerobern kann. Und das ist mittlerweile auch passiert. Ost-Ghouta ist nicht mehr in der Hand der islamistischen Rebellen, sondern steht nun unter der Kontrolle Russlands bzw. Assads.

Die USA schweigen, weil sie aktuell kein Interesse daran haben, die Türkei zu verprellen. Sie vollziehen gerade einen Tanz auf dem Vulkan. Zum einen unterstützen sie die kurdischen, zum anderen die Syrisch demokratischen Kräfte (SDF). Was der Türkei ein grosser Dorn im Auge ist. Zum anderen wollen sie die Türkei nicht an Russland verlieren und machen daher einige Zugeständnisse.

*Du sagst also, dass Russland zwar das Interesse hat, Assad darin zu unterstützen Ost Ghouta von den Islamistischen Rebellen zu befreien und gleichzeitig die Türkei mit ihren islamistischen Verbündeten unterstützt. Ist das nicht widersprüchlich?*

Ja, das ist es. Wir sehen, dass die Politik der Weltmächte in dieser Region sehr widersprüchlich ist. Die grundsätzlichen



Frontverläufe in Syrien am 20.04.2018; Quelle: [syria.liveuamap.com](http://syria.liveuamap.com)

Interessen, die Russland verfolgt, sind die Errichtung und Aufrechterhaltung der eigenen Hegemonie vor Ort und militärstrategisch gesehen den Schutz des militärischen Stützpunktes in Tartus an der Mittelmeerküste. Das ist der einzige direkte Mittelmeereszugang, den der russische Staat hat.

Es gibt auch weitere strategische Interessen, wie den Bau von verschiedenen Erdöl- und Erdgaspipelines in Syrien. In der Türkei geht es Russland um die Verbreiterung des eigenen wirtschaftlichen Einflusses auf die türkische Ökonomie. Das sieht man zum Beispiel an dem letzte Woche eröffneten Bauprojekt eines türkischen Atomkraftwerkes, das massgeblich von Russischer Seite mitgebaut und mitfinanziert wird.

In dieser komplexen Gemengelage russischer Interessen gibt es Zugeständnisse an verschiedene Seiten. Russland hat definitiv kein Interesse an einer langfristigen Besetzung Afrins durch die Türkei und ihre djihadistischen Proxysöldner. Der russische Aussenminister Lavrov rief die Türkei Mitte April dazu auf die Gebiete in Afrin an die rechtmässige syrische Regierung zurück zu geben. Die Türkei erklärte daraufhin, dass sie das „befreite Land“ nicht an die Syrische Regierung abtreten, sondern an die „ursprüngliche, angestammte Bevölkerung“. Die türkische Regierung meint damit, dass sie arabische Geflüchtete, die seit Jahren in der Türkei leben, dort ansiedeln möchte. Damit will sich die Türkei die territoriale Kontrolle zukünftig sichern. Hier kündigt sich langfristig ein Konflikt der Russischen

Doppelstrategie an.

Auch der Iran spielt eine Rolle, die Russland berücksichtigen muss. Der Iran ist ein Verbündeter Russlands. Gleichzeitig ist er auch ein Regionalkonkurrent der Türkei. Das führt zu weiteren widersprüchlichen Entwicklungen. Aber das Grundinteresse Russlands ist die Aufrechterhaltung der eigenen Hegemonie und die Sicherung des Militärstützpunktes in Tartus.

In diesem Konflikt gibt es nicht nur Schwarz und Weiss. Es ist eine komplexe Gemengelage und es wird versucht von verschiedenen Akteuren aufeinander einzugehen und Interessen zu befriedigen, ohne dass die eigenen Interessen ins Hintertreffen geraten.



Die Stadt Rakka am 16.03.2018 Foto: [Kerem Schamberger](#)

Diese Widersprüche sind nicht nur bei Russland zu finden, sondern auch bei den USA. Die Vereinigten Staaten sind hier kein monolithischer Einheitsblock. Es gibt verschiedene Interessen und Strategien von Pentagon, dem Weissen Haus und der CIA. Während das Weisse Haus und das Pentagon die KurdInnen und die SDF unterstützen, hat die CIA jahrelang die Islamische Opposition unterstützt und befürwortet die Strategie des Pentagons bzw. des Weissen Hauses nicht unbedingt. Schliesslich kämpfen die KurdInnen auch gegen die islamistischen Gruppen, die zu Beginn durch die CIA unterstützt wurden. Es gibt also auch hier widersprüchliche Interessen.

*Du warst bis Anfang April vor Ort, hast mehrere Städte besucht. Was hat die Niederlage der Stadt Afrin mit den Menschen gemacht? Wie ist die Stimmung bei der Bevölkerung?*

Ich war vor allem in Kobane, also drei Fahrtstunden von Afrin entfernt. Es war mir leider nicht möglich nach Afrin zu gehen, da ich in einer Zeit vor Ort war, als der Belagerungsring um die Stadt Afrin schon weitestgehend geschlossen war. Aber natürlich habe ich Eindrücke von den Menschen in Kobane, in Ain Issa und Qamischli gesammelt. Die Menschen haben in einer doppelten Weise reagiert. Einerseits mit grosser Trauer, Wut und geschockt. Denn alle haben einhellig gesagt: «Afrin war der schönste Kanton in ganz Rojava». „Schön“ hat hier verschiedene Aspekte und meint landschaftlich wie klimabedingt schön, aber auch politisch. Die politischen Strukturen waren nach der Revolution von Rojava in Afrin am weitesten ausgebaut. Die Leute haben sich in den Strukturen beteiligt. Es waren alle Minderheiten, also nicht nur Kurden, sondern auch Araber, JesidInnen, Christen, Aleviten in diesen politischen Strukturen beteiligt und haben sich eine



11. März 2018, Demonstration in Qamischli, Vor allem Frauen nahmen an der Demonstration teil. Foto: Kerem Schamberger

eigene Sache aufgebaut, und diese wurde mit dem türkischen Einmarsch zerstört. Deshalb sind Wut und Trauer sehr gross.

Aber auf der anderen Seite – und das fand ich sehr beeindruckend – wurde gesagt: ok, eine Schlacht kann verloren gehen, aber das heisst nicht, dass der Krieg verloren ist. Für viele hat der Angriff dazu geführt, sich noch mehr zu beteiligen, sei es militärisch oder aber politisch. Es herrscht also auch eine Stimmung von „Wir kämpfen weiter.“ beziehungsweise ein «Trotz alledem», wie wir es auch in der deutschen Linken kennen.

Man muss auch sagen, militärisch hält der Widerstand seitens der kurdischen Kräfte an. Es gibt keinen direkten Frontenkrieg mehr, aber es finden Guerillaaktionen in dem sehr gebirgigen Teil Afrins statt, die den Besatzern – also der türkischen Armee oder ihren djihadistischen Proxysöldnern – empfindliche Schläge versetzen. Das darf nicht unterschätzt werden.

*Gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen der Zivilbevölkerung und der politisch organisierten Widerstandsgruppen?*

Es ist schwierig, zwischen politisch Organisierten und Zivilgesellschaft, wie wir es aus Europa kennen, zu trennen. Wir haben es hier mit einer äusserst politisierten Gesellschaft zu tun. Die Menschen können die Kräfte- und Machtverhältnisse vor Ort, aber auch international sehr gut einschätzen, und deshalb ist diese Trennung nicht ganz richtig. Jede Familie hat jemanden, der irgendwo in einer der Einheiten kämpft, der in einem Jugendzentrum aktiv ist, in politischen Medien arbeitet oder in einem anderen Bereich der Gesellschaft aktiv ist. Daher existiert eine starke Verbindung von politischen Strukturen und Bevölkerung. Das

kennen wir aus Europa in der Form nicht.

*Was ist von dem Giftgaseinsatz und dem daraus resultierenden Säbelrasseln von USA und Russland zu halten?*

Ich war nicht mehr vor Ort, als dieser mutmassliche Giftgaseinsatz stattgefunden hat. Ich kann nur sagen, was in der Vergangenheit passierte, und dann fragen: „Wem nützt das.“ In der Vergangenheit wurden echte und vermeintliche Giftgaseinsätze immer wieder dazu genutzt, um gegen politisch unliebsame Herrscher vorzugehen. Dabei ist es schon etwas bezeichnend, dass nicht einmal abgewartet wird, was die Untersuchungsergebnisse zeigen. Seit gestern (Sonntag 16.04.) sind Teams vor Ort, die untersuchen sollen, ob es ein Giftgaseinsatz war und was für ein Giftgas zum Einsatz kam, und bevor diese Ergebnisse vorliegen einen Militärschlag durchzuführen, ist bezeichnend für die angreifenden Akteure USA, Frankreich und Grossbritannien.

Zudem stellt sich die Frage, wem nützt ein solcher Giftgasangriff. Seit Monaten ist die Assad-Armee mit Unterstützung des russischen Bombardements auf dem Vormarsch. Ost-Ghuta ist von den Islamisten „befreit“ worden. Warum sollte in einer solchen Situation der militärischen Überlegenheit gegenüber den islamistischen Rebellen Giftgas eingesetzt werden?

Ohne vor Ort zu sein, kann ich keine abschliessende Einschätzung dazu liefern, aber es regen sich einfach grosse Zweifel in mir, ob die vom Westen verbreitete Geschichte in der vorliegenden Form stimmt. Wenn ich frage, wem nützt es? Wäre meine Antwort eher, dass ein solcher Anschlag nützlich ist, um Möglichkeiten der mili-

tärischen Intervention zu schaffen.

*Wie gross schätzt du die Gefahr ein, dass die Grossmächte Russland und USA in die direkte Konfrontation, also Krieg, eintreten?*

Eigentlich liegt bereits eine direkte Konfrontation vor, wenn US-amerikanische, französische und britische Raketen auf ein Land abgeschossen werden und diese wiederum von russischen bzw. sowjetischen Raketenabwehrsystemen abgefangen werden. Dann haben wir bereits eine direkte Konfrontation. Aber ich glaube, dass eine totale Eskalation eher unwahrscheinlich ist. Ich sehe hier eher eine Fortsetzung der Strategie, zwischenimperialistische Konflikte und Kriege auf dem Rücken der Völker in Syrien auszutragen. Man schickt nicht die eigenen Soldaten, sondern lässt die Araber und Kurden lieber sich gegenseitig umbringen.

*Welche Möglichkeiten siehst du, aus Europa zu unterstützen? Werden Solidaritätsaktionen wie die Blockade der Novartis, Demos oder Resolutionen vor Ort wahrgenommen?*

Ich glaube, wir brauchen einen bunten Strauss des Widerstands. Dazu gehören Resolutionen in verschiedenen Parlamenten und politischen Institutionen, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, aber dazu gehören auch – und das ist mir wichtig: Aktionen des zivilen Ungehorsams. Kriegsproduktions- und Rüstungsproduktionsstätten in Europa müssen deutlich markiert werden. Und es gehört gesagt: Hier beginnt der Krieg und nicht erst, wenn die Bombe in Afrin explodiert oder ein Schuss in Damaskus fällt. Das Schöne an diesen vielfältigen Aktionen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist, dass die Menschen in Rojava diese Aktionen wahrnehmen. Kurdische Medien berichten darüber, zeigen Filmausschnitte, verlesen in Radio und Fernsehen Erklärungen aus Europa, Lateinamerika, Australien und sogar Japan. Der Widerstand in Europa gibt den Menschen Kraft und Hoffnung. Er zeigt ihnen, dass sie nicht allein sind und die Idee Rojavas in der ganzen Welt lebendig ist.

*Was glaubst du braucht es, um Frieden in der Region zu schaffen, der mehr ist als ein Waffenstillstand?*

Was dort stattfindet, ist nicht nur ein inner-syrischer Bürgerkrieg, sondern eine Art dritter Weltkrieg. Dieser Begriff wird auch von der kurdischen Freiheitsbewegung genutzt, um deutlich zu machen, dass es sich nicht nur um einen regionalen Konflikt handelt. In Syrien prallen verschiedene Weltmächte im Kampf um die Hegemonie vor Ort, aber auch um den Kampf um die Hegemonie in der Welt aufeinander. Wenn man sich den nahen und mittleren Osten

anschaut, sieht man nicht nur den syrischen Bürgerkrieg, sondern auch die Verbrechen im Jemen, die dort seit 2 Jahren stattfinden, ohne dass die westliche Öffentlichkeit das wahrnehmen würde. Wir haben die 50 Jahre andauernde Besatzung Israels der Westbank und des Gazastreifens seit 67. Konflikte im Irak seit 2003. Die ganze Gegend befindet sich seit geraumer Zeit in einem kriegerischen Zustand. Und deshalb glaube ich, dass ein Frieden nur eintreten kann, wenn sich erstens die Menschen vor Ort an einen Tisch setzen und über Friedensbedingungen verhandeln und zweitens, wenn wir es hier in Europa schaffen, Gesellschaften so umzugestalten, dass sie nicht mehr darauf basieren, dass für «unseren» Wohlstand und «unsere» wirtschaftliche Entwicklung Kriege im Nahen Osten geführt werden.

*Warum ist das Projekt Rojava für die Region so wichtig, und verbindet sich damit eine reale Befreiungsperspektive?*

Das Projekt Rojava bietet in der Tat eine Befreiungsperspektive für die Menschen und Völker vor Ort, und zwar nicht nur für die Kurdinnen und Kurden, sondern für alle dort lebenden Ethnien und religiösen Gruppen. Denn es basiert auf einer Emanzipation der Gesellschaft, der ermöglicht wird eine Entwicklung zu beschreiten, die unabhängig ist von imperialistischen Kräften und deren Einmischung von aussen. Diese begann ja schon vor langem, mit den Grenzziehungen im Rahmen des Abkommens von Sykes Picot nach dem ersten Weltkrieg. Diese willkürliche Grenzziehung, gefolgt von der zwangsweisen Implementierung des Nationalstaats, des nationalstaatlichen Gedankens und dem damit einher gehenden Nationalismus ist eines der Grundprobleme der Region. Die Kurden haben darunter am meisten zu leiden, weil sie am meisten negiert wurden. Weder im arabisch-baathistischen Nationalismus, noch im kemalistischen Nationalismus der Türkei haben Kurden eine Rolle gespielt. Der Lösungsvorschlag, den die Kurden im Projekt Rojava gemacht haben, basiert daher auf einem nicht nationalstaatlichen Verständnis einer Demokratie von unten, in Form einer Rätestruktur.

Sie beziehen sich dabei auf bereits dagewesene Vorschläge von Räte-demokratie, wie die Pariser Commune von 1871, aber auch auf die Räteversuche nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland. Es wird versucht, diese Ideen unter den eigenen Bedingungen umzusetzen. Sie lernen aus den Fehlern von damals und versuchen etwas Eigenes zu gestalten, sodass jede gesellschaftliche Gruppe einen Platz bekommt, um sich selbst auszudrücken. Der demokratische Konföderalismus ist das Konzept der Umsetzung



Newroz-Feier in Kobane am 21. März 2018; Foto: [Kerem Schamberger](#)

dieser Vorstellung.

*Wie beurteilst du das Modell des demokratischen Konföderalismus als Marxist?*

Für mich ist ein Kriterium zur Einschätzung politischer Projekte und Ideen, ob sie der Emanzipation der Menschen und der Gesellschaft dienen. Und wenn ich die Praxis des demokratischen Konföderalismus anschau, dann sehe ich, dass er beispielsweise dazu führt, dass Frauen mehr Freiheit haben, und dass viele Kooperativen gegründet werden, um eine neue Form der Wirtschaft zu ermöglichen. Ich habe mit einem der führenden Aktivisten der Kooperativenbewegung gesprochen, der gesagt hat: «Wir wollen nicht, dass Monopole in Rojava das Sagen haben, sondern dass wir eine kommunale, gesellschaftlich demokratische Form von Ökonomie entwickeln.»

Ich sehe, dass dort gesellschaftliche Emanzipation und Freiheit entsteht. Und deshalb unterstütze ich dieses Projekt. Das heisst nicht, dass ich glaube, dass es besonders in ökonomischen Fragen keine Leerstellen gäbe. Wobei sich meine Kritik, seit ich vor Ort war, geändert hat. Die Ökonomie ist eine andere als hier. Es gibt dort keine grossen Fabriken und wenig Grossgrundbesitz. Die grössten Bodenflächen waren in Besitz des syrischen Regimes und das hat sich zurückgezogen. Nun liegt es in der Hand der Selbstverwaltung und wird den Kooperativen als Ackerland zur Verfügung gestellt. Also diese klassische, marxistische Analyse vom Arbeiter und der Fabrik und die Befreiung, durch Kampf um Lohnerhöhung etc. lässt sich nicht 1:1 auf die Situation in Nordsyrien und Rojava übertragen. Gleichzeitig ist interessant, dass die Leute, die in den Strukturen des demokratischen Konföderalismus aktiv sind, sehr bereitwillig

Kritik aufnehmen und darüber diskutieren, weil sie sagen, dass man sich nur so weiterentwickelt. Deshalb kann man als Marxist auch hingehen und sagen: «Ich glaub das wäre besser so und so zu lösen.» Es wird anschliessend diskutiert und wenn es für gut befunden wird, wird versucht es umzusetzen. Das ist enorm spannend.

Um abschliessend noch weitere Befreiungsperspektiven darzustellen: Frauenbefreiung ist ein wichtiges Thema. Frauen spielen in vielen Bereichen der Gesellschaft eine wichtige Rolle. In den Medien, die ich besucht habe, sind sie Chefredakteurinnen, haben führende Positionen, aber auch in den politischen und ökonomischen Strukturen sind sie präsent. Es gibt beispielsweise Kooperativen, die nur von Frauen geleitet werden. Und perspektivisch findet auch eine ökologische Umgestaltung statt. In dem Bewusstsein, dass der kapitalistische Industrialismus derzeit zu einer massiven Zerstörung der Welt führt, soll eine neue Ökonomie aufgebaut werden, die zugleich im Einklang mit der Natur steht.

*Kerem Schamberger ist [Kommunikationswissenschaftler und Doktorand](#) an der LMU München sowie [politischer Aktivist im Verein Marxistische Linke](#) und [stv. Vorsitzender des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung \(isw e.V.\)](#).*



*Das Interview führten Martin Flickliger und Franziska Stier*